

Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung

Quelle: BLANKENHORN, Herbert. Verständnis und Verständigung, Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt/Main; Berlin; Wien: Propyläen Verlag, 1980. ISBN 3-549-07396-8.

Urheberrecht: (c) Herbert Blankenhorn

URL: http://www.cvce.eu/obj/herbert_blankenhorn_verstandnis_und_verstandigung-de-1d6376de-5afc-4ae9-9a92-0a848f83cba8.html

Publication date: 04/09/2012

Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*

[...]

Paris, den 14. Januar 1963

General de Gaulle hielt heute eine Pressekonferenz, in der er sich unter einer ganzen Reihe von anderen Fragen mit den Gründen beschäftigte, die nach seiner Auffassung gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt sprechen. Viele der vorgebrachten Argumente waren uns bereits aus früheren Stellungnahmen de Gaulles bekannt; so, daß Großbritannien ein insulares, ein maritimes Land sei und sich deshalb in seiner Struktur und Konjunktur zutiefst von den kontinental-europäischen Ländern unterscheide. Sein Beitritt, wie der der übrigen beitragswilligen Staaten, würde die Gesamtheit des Gebarens, der Obereinkünfte der Bestimmungen, die zwischen den sechs Partnerstaaten festgelegt seien, vollständig ändern. Man müßte dann die Konstruktion eines ganz anderen Gemeinsamen Marktes ins Auge fassen. Die sich vergrößernde Gemeinschaft würde sich in ihren wirtschaftlichen Problemen anderen Staaten, vor allem den Vereinigten Staaten, gegenübergestellt sehen. Es würde schließlich eine große Atlantische Gemeinschaft in Abhängigkeit und unter Leitung von Amerika entstehen, von der die Europäische Gemeinschaft absorbiert würde. Das sei es nicht, was Frankreich wolle. Sollten die Verhandlungen in Brüssel gegenwärtig nicht zu einem Erfolg führen, so würde dies gewiß nicht hindern, einen Assoziierungsvertrag zwischen dem Gemeinsamen Markt und Großbritannien zu schließen.

Damit ist nun klargeworden, daß de Gaulle ein positives Ergebnis der zwar langen, aber in den letzten Wochen erfolgversprechenden Beitrittsverhandlungen in Brüssel nicht will. Und dies trotz lauter Kritik in der eigenen französischen öffentlichen Meinung und in jener der Partnerstaaten. Ob es gelingt, aus dieser sehr schwierigen Krise einen Ausweg zu finden, der eine Fortführung der Verhandlungen ermöglicht, ist äusserst fraglich.

[...]